

Am Rost am Kartoffeln und Zuckerrüben wird in einer Hinsicht an die „Dsch. Edw. Pr.“ für eine bringende Nothwendigkeit erst erklärt. In ungeheuren Quantitäten sollen die im letzten Jahre Rüben und Kartoffeln über die Grentzen eingeführt werden, um die wüthende Noth zu lindern und die Preise zu senken und noch eingeführt werden. „Es handelt sich“, heißt es wörtlich, „nicht um kleine Quantitäten, sondern um Millionen von Centnern, von denen auch nicht ein einziger als Volksnahrungsmittel, sondern alle zu Fabrikationszwecken eingeführt wurden. Was nicht die vornehmste Gelegenheit zum Schatz der heimischen Production in Brennererzeugnissen und in der Zuckerindustrie, was Nutzen für die schlesische wie die Spiritus-Centrale und das Zucker-Kartell, wenn das Ausland inlands ist, alle diese zum Theil der heimischen Production getrossenen Maschinen anstandslos für sich anzubieten!“ Falsch! Die schlesische Kartoffeln im Königreich Sachsen zu Spiritus und Stärke verarbeitet worden, die die hiesigen Fabriken durch einen einzigen Händler in Breslau und am Oesterreich per Hunderttausende Centnieren Kartoffeln zu Fabrikationszwecken über die schlesische Grentz geschickt, und viele Händler finden ihren Lebensverdienst in der Einfuhr russisch-belarusscher Kartoffeln in die Provinz Posen.

Kartoffeln		Zuckerrüben	
Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr
1897: 1,831,362	762,415	631,269	522,246
1898: 1,881,307	2,088,518	608,973	694,797
1899: 2,141,392	1,723,659	729,174	703,395
Von d. Ent. 1900: 2,269,001	1,881,424	4,219	2,106

Im Jahre 1898 überzog demnach die Ausfuhr der Kartoffeln, in den Jahren 1897, 1899 und in den ersten neun Monaten 1900 überwiegt die Einfuhr. Ueber die südlichen Grenzen sind im vorigen Jahre eingegangen 781,000 M^t, über die westlichen (Niederlande, Belgien, Frankreich) 172,240 M^t, außerdem sind aus Italien noch 14,064 und aus Gibraltar 2,100 M^t und Syrien 27,154 M^t eingegangen. Alle Kartoffeln, die aus Schottland, Irland, Spanien, Italien und Frankreich kommen, sind Speisefartoffeln, und diejenigen, die aus den Niederlanden und Belgien eingeführt werden, dienen gleichfalls ausschließlich und unmittelbar der menschlichen Nahrung. Durch sie wird der große Bedarf der Industriebezirke des Westens gedeckt, den die südlichen Provinzen nicht befriedigen können, weil der Mangel an Wasserkräften den Transport nach dem Westen trotz der erheblich höheren Preise, die dort für Kartoffeln gezahlt werden, nicht gestattet. In den Provinzen Schleswig-Holstein, Hannover, Westfalen, Hessen-Nassau und der Rheinprovinz giebt es nur 135 Bremerreien, die Kartoffeln verarbeiten und im Ganzen 15,894 hl Alkohol gewinnen, während in den sechs südlichen Provinzen 2881 derartige Bremerreien mit einer Production von fast 29¹/₂ Millionen hl vorhanden sind. In diesen wurden 2635, in Elsaß-Lothringen 1403 hl Alkohol aus Kartoffeln gewonnen, die Production an Kartoffelspiritus im Westen ist demnach ganz geringfügig. Stärkefabriken giebt es im Westen auch fast gar nicht. Die Befähigung in den „Düss. Zdv. Pr.“, daß auch nicht ein Centner der eingeführten Kartoffeln als Volksnahrungsmittel diene, zugebend, von so vollständiger Unkenntnis der thätlichen Verhältnisse und so bodenloser Leichtfertigkeit, daß es sich nicht lohnt, auch noch die übrigen Behauptungen eingehend zu widerlegen.

Die Einfuhr von Zuckerrüben ist in diesem Jahre so gering geblieben, daß sie gar keine Rolle spielen kann. Im Betriebesjahre 1898/99 waren in Deutschland 10,716 ha mit Rüben bestellt als im Jahre zuvor, und deren Ertrag an Rüben wurde amtlich auf 285 dz pro ha gegen 313 dz vorhergehenden Jahre berechnet. Trotzdem übertragend Mitarbeiter nur um 27,79 dz die Einfuhr, von der der Deutsche Konsum nur 10,000 dz bedient wird, so ist zu wissen scheint. An den Einfuhr von Rüben im Jahre 1898/99 auf 115,127 dz, in der letzten Woche des Monats November 1900 auf — 4219 dz. Wie sie sich im Oktober und November und Dezember bringen werden, weiß noch niemand. Es ist geradezu frivol, behaupten zu wollen, daß bei einer inländischen Kartoffelproduktion, die in den Erntefolgen 1894/95 bis 1899/36 37 Millionen Tonnen jährlich betrug, durch die Einfuhr von 10,000 bis 127,000 bis 224,000 Tonnen, und bei einer inländischen Zuckerrübenverarbeitung von 10,000 bis 127,000 bis 224,000 Tonnen, daß eine Einfuhr von 10,000 bis 127,000 bis 224,000 Tonnen, daß eine Einfuhr von noch nicht 73,000 Tonnen die vorsehenswerthe Gefahr des Zuckers und Exportprodukten gefährlichen landwirtschaftlichen Gewerke durch eine Konfiskierung bedroht werden, ist niemals gewesen sein können. —

Das fehlende Indemnitäts-Ersuchen
in der Kostenrechnung für China wird von dem weltans größten
Theil der Blätter, die sich bereits darüber geäußert haben, in
demselben Sinne betrachtet, wie es in unserem geliebten Zeit-
artikel schon geschehen ist. So meinen die „Berl. Neue
Nachr.“:

Von einer Nachsuchung um Indemnität ist in der Vorlage nicht die Rede. § 3 der Vorlage spricht nur von einer „nachträglichen Genehmigung“. Bisher aber war allgemein an-

gekommen worden, daß die Regierung ausdrücklich um Indemnität nachsuchen würde. In dieser Formulierung der einfachen Nachlegung um nachträgliche Genehmigung kann die Bitte um Indemnität nicht erkannt werden. Einen Ersatz für das Geld um Indemnität kann auch nicht die Erklärung und die Begründung bieten, daß bei der Einnahme der öffentlichen Unternehmungen und bei den anderen Unfällen, in der Schätzung der Kosten, es sich zur Zeit nur darum handeln könne, „die allgemeine Ermüdung durch Befriedung der nötigen Ausgaben zu erleichtern“.

Die freikonservative „Post“ vertritt den Standpunkt, daß die Regierung verpflichtet sei, Indemnität einzuholen, noch viel stärker, indem sie ausführt:

In der Nachsicht dieser nachträglichen Genehmigung liegt implicit das Anerkenntniß, daß die ohne Genehmigung des Reichstages geleisteten Ausgaben der Subvenzialität seitens des Reichstages anheimfallen, und daß die Reichsregierung die nachträgliche Genehmigung der Staatsverrichtungen und außerordentlichen Ausgaben auch implicit mit der nachträglichen Genehmigung dieser Ausgaben ausgedrückt werden. Bei der inangenehm großen Tragweite der Angelegenheit, welche sich nicht entfernt allein auf den Reichstag, sondern auch auf die Reichsregierung, und auf die Reichsämter beschränkt, dürfte es sich indessen empfehlen, ausdrücklich anzuerkennen, daß die ohne Bewilligung des Reichstages geleisteten Ausgaben der rechtlichen Unterlage entbehren, so lange nicht für die Subvenzialität der Ausgaben der Reichsregierung eine entsprechende Subvenzialvorsorge zu geschehen, oder in anderer Form sollte eine solche Erklärung, daß bei Nachsicht der nachträglichen Genehmigung für die geleisteten Ausgaben auch Indemnität nachgelassen werde, doch jedenfalls die Wahrnehmung des formalen fiktionalen Reichs, sondern der Sache und der Stellung der Regierung bei der Verhandlung über den Finanzrektorat, . . . Wir haben uns zu überlegen Gelegenheit gehabt, welche, wenn auch nicht die einzige, doch die geeignetsten Maßnahmen der Reichsregierung des Reichs des Reichstages in vollem Umfange getheilt wird.

In ähnlicher Weise äußern sich auch alle liberalen Völker, nur die „National-Setzung“ macht diesmal eine sonderbare Ausnahme, indem sie darauf hinweist, daß der Ausdruck „Zudemmißt“ dem Rechts-Staatrecht unbekannt ist, und meint, daß die „nachträgliche Genehmigung“ der Kosten auf Grund einer Prüfung der Einzelheiten, wobei die Bewilligung oder Verneinung dieser stattfinden könne, konstitutionell mehr nach dem geltenden Staatrecht bedeute, als eine „Zudemmißt“, deren Bedeutung in der Luft schwebt. Auf den Ausdruck „Zudemmißt“ legen wir freilich ebenfalls ein Gewicht, wie die „National-Setzung“, in Grenzen zu setzen wir aber, und zwar nicht die „Prüfung der Einzelheiten“ entgegen, sondern die Prüfung des Prinzips, in konstitutionellen Rechts. Das ist für uns eine prinzipielle Vorfrage, deren befreiende Antwort erfolgt sein muß, bevor der Reichstag über die Budgetkommission in eine „Prüfung der Einzelheiten“ eintreten kann. *

In der heutigen Morgenblatt gedachte Nachrich, daß der Reichsfürst Graf Wälow sich gegen das System eines Maximal- und Minimalvertrags als Grundlage für die Regelung der Handelsverträge erklärt hat, ist zwar noch nicht bestätigt, immerhin aber äußerst interessant und wird nicht verfehlen, auf allen Seiten Gedenkwürden hervorzurufen. So sehr eine derartige Entschiedenheit des Kanzlers auch, wie wir früher schon dargelegt haben, den Konsequenzen der von ihm früher verfolgten Politik entsprechen würde, so sicher darf man sein, daß es schwere Kämpfe zu bestehen haben wird, wenn er seinen Willen durchsetzen will, und es wird für den Ausgang derselben viel darauf ankommen, welcher Art die Mitwirkenden sein werden, die mit ihm in diesen Kämpfen Seite an Seite stehen. Dabei richtet sich der Blick zunächst auf den Grafen von Bismarck, der bis heute als ein effigierender Freund und Förderer des Doppelvertrags gilt und deshalb bei den Maximalisten in hohen Ehren steht. Von ihm will ich in der eingangs erwähnten Nachrich gelesen, daß er sich entschlossen habe, seinen bisher eingenommenen Standpunkt preßzugeben und, sich den Anforderungen und Anordnungen seines Vorgesetzten unterordnen. Schüller an Schüller mit diesem amtl. gegen die gegenwärtige Forderung des Doppelvertrags Stellung zu nehmen. Die Bedeutung des Wortes amtl. soll wohl barthen, daß der Reichsfürst des Reichsanth als Mann sein letzterechtes Vertheilung in die Angelegenheit nicht als Ausdruck seines Amtes betrachtet zu haben wünscht und nur aus diesem Gesichtspunkte aus würde es sich auch erklären lassen, daß Graf von Bismarck, dessen Ministerfiefel ohnehin etwas wacklig ist, im Verhandlungsschloffen seinen Rock wechelt. Für die Maximalisten ist natürlich eine solche Entfärbung ein großer Verlust, und wird sich mit seinem ganzen Kammarschmeißer und Gnadenbrot, wenn er den Born der in ihren schönsten Hoffnungen betrogenen landwirthschaftlichen Interessenpolitik ebenbürtig und gelassen, wie er bisher wegen der Wäde mit dem Centralverband denkwürdigen Indisziplineller die Wortworte auf sein Haupt herabtragen sich, ertragen will. Und wer weiß, ob die Hochdruckmänner, wenn sie erst die deklarirte Gewißheit haben, daß ihr Schicksal

Grafen Bülow, denn sonst würde dieser schwerlich gerade jetzt die Nachfolge Hohenlohe's übernommen haben. Zudem würde eine Entschelbung im Sinne der agrarischen Forderungen einer Dekaboutrung der bisher vom Kaiser und dem Grafen Bülow getriebenen Politik gleichkommen.

Die Handelskammer zu Braunschweig befragte sich in ihrer Eingabe an das Reichsamt des Innern, das die Aufhebung der Einfuhr deutscher Wurst unterlag. Es beruft sich auf den Handelsvertrag mit Belgien, in welchem eine der Grundbedingungen ist, daß der Verkehr durch keinerlei Einfuhrverbote gehemmt werden solle, und nur vorbehalten ist, gewisse Grenzauflagen überhand oder unter bestimmten Umständen von der Einfuhr aufzuheben zu dürfen. Es wird daher für zulässig gehalten, dass eine hygienische oder veterinärpolizeiliche Einfuhr von Proben kommen.

„Dem jedoch,“ so heißt es in der Eingabe weiter, „der Artikel 610 des württembergischen Polizeigesetzes die Einfuhr deutlicher Zerkleinerungen aus Schweinefleisch und Knochenmehl untersagt, so erheben sich in diesen Verbote eine Unklarheit und das Bedenken, daß die Einfuhr von Fleischgerichten, die sich durch die Einfuhr von Fleischgerichten, die die Zerkleinerung eingeleitet werden, entsteht im Hinblick auf die in Deutschland gesetzlich vorgeschriebene und ausgetüchtete Fleischverarbeitung, die in jeder Beziehung die Gesundheit der Bevölkerung zu gewährleisten, die Einfuhr von Fleischgerichten, die die Zerkleinerung eingeleitet werden, entsteht im Hinblick auf die in Deutschland gesetzlich vorgeschriebene und ausgetüchtete Fleischverarbeitung, die in jeder Beziehung die Gesundheit der Bevölkerung zu gewährleisten, die Einfuhr von Fleischgerichten, die die Zerkleinerung eingeleitet werden, entsteht im Hinblick auf die in Deutschland gesetzlich vorgeschriebene und ausgetüchtete Fleischverarbeitung, die in jeder Beziehung die Gesundheit der Bevölkerung zu gewährleisten.“

Zielmäßig hat neuerdings die Einfuhr fast aller ausländischen Fleischwaren verboten, aus hygienischen und veterinärpolizeilichen Interessen natürlich, die aber so sehr mit den agrarischen Interessen übereinstimmen, daß im Reichstage bei der Verabreichung des Gesetzes die Agrarier fast nur den Schutz der deutschen Landwirtschaft gegen die ausländische Konkurrenz betonten und die Vertreter des Bundesrabes mehrmals fast genöthigt saßen, die Exzesse vom Bunde der Landwirthe darauf hinzuweisen, daß es sich nicht um ein Gesetz zum Schutze der deutschen Landwirtschaft gegen ausländische Konkurrenz handle. Die wüthenden und den höchsten anmaßlichen Regierungen ist dadurch eine Waffe in die Hand gegeben worden, mit der sie die Unterbrechung, die deutsche Ausfuhr von Fleischwaren zu erreichen, abwürgen können. Wenn Rußland die deutschen Trümpfen nicht anerkennen will, obwohl wir begehren, den Fleischhandel gegenwärtig durchzuführen, so wird es sich darauf berufen, daß wir die amerikanischen Fleischunterforschungen nicht anerkennen, obwohl die Amerikaner begehren, daß sie durch den gewerkschaftlichen Handel die Vorstellung beim Reichsamt des Innern wohl wenig Aussicht auf Erfolg haben.

„Anfänglich der bevorstehenden Eröffnung des Reichstages wird der „Klein. Volkstag.“ aus Berlin geschrieben, der Regierung keine nur gerathen werden, sich in der bevorstehenden parlamentarischen Winter-session „auf das Centrum nicht verlassen zu verlaßen; das Vertrauen könnte leicht be-
trübt zu werden. Wie sie sich zu den anderen Parteien stellen wird, ob sie die konfervative oder die liberale Fügung an-
nimmt, oder — was wohl noch wahrscheinlicher ist — abwechselnd die eine oder die andere, ist uns ziemlich gleichgültig. Die deutliche
Politik ist wirklich geeignet, uns mit Bismarck zu reden, die
„Gefühl der absoluten Nullität“ zu fördern.“ In der
inneren Politik, so heißt es in dem Artikel, ist alles, was
wir sehen, unerquicklich „wie der Nebelwind, der herpfeift
durch die dünnen Wälder fliehet.“ In der Wirtschaftspolitik
hinkt man auf beiden Beinen, dem weichen, dem weichen
politischen und dem agrarischen, in der Sozialreform wehrt man
sich, aber keine politische Stellung zu nehmen, den Wind der
Centrums-Partei, man verfährt mit dem Sonja fähig.
Worte, aber die, die man sagt, man ist vollständig.
Es wird hierbei auf die Schwächen, die Schwächen
Zufriedenheit und die wechselnde Befriedigung der Volkspartei
hingewiesen. Die Weltstimmung breitet sich also immer
mehr aus.

* Einige Ueberraschung in den befreundeten Kreisen erregt die Nachricht, daß der Vorsitzende der Wiener Land- und volkswirtschaftskammer, Major a. D. Endell, in kürzester Zeit von seiner Stellung zurücktreten wird. Herr Endell ist bekanntlich auch Provinzialvorsitzender des Bundes der Landwirthe und einer der wichtigsten agrarischen Agitatoren. Die Gründe des Rücktritts sollen auf persönlichem Gebiet liegen und wie man in unterrichteten Kreisen behauptet, ungemein interessant sein. Mit diesen „persönlichen Gebieten“ bringt man nämlich nach dem „Veel. Tagbl.“ auch Neuwahlen eines Instituts in Verbindung, dem der genannte Agitator nahe steht.

Die gereizten Kleinmündendruckungen zwischen dem bayrischen Bauernbunde und dem Bunde der Landwirthe schienen recht interessante Reminiscenzen auf. Wie externell, hatte die Führer der bayerischen Konserwativen und des Bundes der Landwirthe, Max Vogl, i. B. entgegengesetzt, daß er bei der bevorstehenden Zusammenkunft mit den Sozialdemokraten in Rom sich überhaupt nicht betheiligen hat. Der Sekretär der bayerischen Bauernbünde, Memminger, schreibt jetzt in seiner „Landw. Rundschau“:

mit Herrn v. A. Luz alles getrieben hat — er hat lieber
 mit den Informaten und Ulanowanen als mit
 Bauernbündlern sich betragen. Ich selbst von proteftanten
 konfessioneller Seite beleuchtet worden. Die bet
 Korrespondenzen und Affidavits find im Archiv des
 Bauernbundes aufbewahrt.
 Nebenher macht Wenninger noch folgende andere Enthüllung
 an. Ein anderer Herr, der auch die Disziplin-Gesamtheit gelang
 hat und unferes Wissens ebenfalls dem V. d. V. angehört
 migte. Ich kann den öffentlichen Vorwurf in der Landesst
 gefallen lassen, daß er bezüglich des Verhältnisses
 Ehrenwort gegeben habe, er hat diesen Vorwurf

sich sitzen lassen." Was mag da wohl noch alles zu Tage kommen.

Im Reichshofballfeste der Kaiserin • Bonni getarnt hindert auch die sonst so treuen Brüder Bänder und Ankerknoten in die Haare, die Bänder laufen der Kaiserin • Bonni in die Hand, die Ankerknoten in die Hand der Kaiserin • Bonni. Die Kaiserin • Bonni ist in der Hand der Kaiserin • Bonni, die Ankerknoten in die Hand der Kaiserin • Bonni, die Bänder laufen der Kaiserin • Bonni in die Hand, die Ankerknoten in die Hand der Kaiserin • Bonni. Die Kaiserin • Bonni ist in der Hand der Kaiserin • Bonni, die Ankerknoten in die Hand der Kaiserin • Bonni, die Bänder laufen der Kaiserin • Bonni in die Hand, die Ankerknoten in die Hand der Kaiserin • Bonni.

Ökonomie.

* Eine Ausnahmestellung unter den Handelskammern, die täglich Erklärungen gegen einen Doppelkurs abgeben, nimmt Saarbrücken ein. Die Erklärung liegt sehr nahe, da diese Handelskammer im „Königreich Saarabien“ liegt und der allgewaltige König Schumm an ihrer Spitze steht. Unter seinem Vorhabe hat sich die Handelskammer Saarbrücken für den Doppelkurs ausgesprochen und die Minimalbegrenzung der Bötte für das Recht und einen nicht zu umgehenden Anspruch der Landwirtschaft erklärt.

• Antilcher Korbweibung zufolge sind im Monat Oktober in den deutschen Wäldern 477 Doppeltonnen für 6,177,060 Mk., Einmaltonnen für 159,837 Mk., Rechenpennaltöne für 397,939 60 Mk., Rintelpennaltöne für 52,607 10 Mk. und Einpennaltöne für 76,444 73 Mk. gerührt. Von den außer Acht gelassenen goldenen Pinnae sind in den wahren Ende Oktober noch in 4,5 Millionen im Reich befindlichen goldenen Pinnaaltöne für auf 5,9 Millionen belief, so sind im Vierteljahre Ende Juli bis Ende Oktober für nicht weniger als 16 Millionen Mark goldene Pinnaaltöne zur Eingabe gelangt.

Schule und Kirche.

Der Schreiverbund der Provinz Brandenburg hat beim Preussischen Schreiverbund den Antrag gestellt, dieser möge bei der Statenerhebung dahin vorsichtig werden, daß zur Unterstützung der Wittwen derjenigen Lehrer, welche vor dem Inkrafttreten des Neuesten-Gesetzes gestorben sind, mehr als 150,000 M. in den Etat eingestellt werden. Diese Summe war bisher für das laufende Budget ausgeworfen worden, um auch diejenigen Lehrer, welche die letzten Wittwen des Schreiverbundes nach sich ziehen, nicht in ihrer Lage etwas ausserordentliches als gänzlich unzulänglich erweisen, zumal mit der Einführung der neuen Bestimmungen die Auflösung mancher Privatschulen, die das Loos der Schreiverwitwen zu bessern befehlt worden, verknüpft war.

* Hoffte sein Tagelohn jetzt ohne Klagen über den Mangel an Volksschulern bekommen. So wird auch Laubach i. Schl. geschrieben, daß in Ober-Weißdorf die Schulkinder seit Ende September noch Ferien haben. Die Volksschule sei einst und geschlossen, weil kein Lehrer vorhanden sei. Der Patron der Schule, der Magister von Laubach, hat in diesen Tagen die freie Stelle zum zweiten male öffentlich ausgeschrieben; weil dem enormen Jahresgehalt von 800 Mk. wird er aber wahrscheinlich auch jetzt wieder vergebens nach einer Eignung zu einer Erwerbslosen warten.

Parlamentarisches.

* Der Reichstag hat bekanntlich in der Sitzung vom 14. Nov. S. auf Antrag des freisinnigen Abg. Schrader beschlossen.

dem Herrn Reichskanzler zu ersuchen, eine Kommission zu berufen, an welcher auch Mitglieder des Reichstages theilhaft sind, mit der Aufgabe, durch Untersuchung der bestehenden Wohnungsverhältnisse und der auf dieselben bezüglichen Geetze und Verwaltungsbestimmungen festzustellen, ob und in welcher Weise ein Eingreifen des Reiches zur Verringerung der Wohnungsmenge angezeigt ist."

Der aus dem Schluß des Antrages zu fitstern nichts Neues
bekannt geworden. Offenheit wird man aber aus der Über-
sicht der Regierung über die Stellungnahme des Bundes-
rats zu den Beschüssen des Reichstages entnehmen können,
und was in dieser Beziehung bisher veranlaßt worden ist,
sowohl als durch die Abg. Schröder in der neuen Session
se selbst noch breiterer geworden Wohnungsfürge wieder
zur Förderung bringen, dem soll man die Regierung beiseite
fähig, wie gemeint wurde, der Polizei zu überlassen beabs-
ichtigt, vermögen wir kaum zu glauben.

Verwaltung und Rechtspflege.

* Wegen des Reichsloos hat bekanntlich eine große Zahl von Reichs- und Leibarbeitsbesitzern die Einkünfte aus dem Reichsloos angekauft. Die Käufer sind als Willkürkäufer auf einer Probekontenstellung, die sowohl nach den Grundsätzen des Bundesrechts, als nach früheren Bestimmungen ein Jahr betragen soll, innerhalb verurteilt eine Erklärung, in dem Sinne angekauft worden zu sein, daß sie im Jahre 1878, als Angekaufter zum Ankaufplan des Reichsloos verpflichtet waren, mit dem Reichsloos 4 v. H. von 75 Mark nicht anziehen und fordern die Differenz zwischen dieser Summe und 7/8 des Einkommens nach. Der vierte Klassenrat des kaiserlichen Oberlandesgerichts in Hamburg hat die Forderung der Reichsloosbesitzer als berechtigt anerkannt und dahin entschieden: Der Reichsloosbesitzer hat den Ankaufplan dem Reichsloosbesitzer zu beibringen, der ihn nach dem 4. v. H. zu ziehen ist dem 1. Januar 1900. Außerdem hat der Reichsloosbesitzer die Kosten zu tragen.

m. Ein Gewerbetreibender A. habe bei seiner Veranlagung verstorbt, das seine Lebensversicherungsprämie von einem Einkommen in Abzug gebracht werde. Im Gegensatz zu Versicherungssummen entrichte das Lebensversicherungsgeld an den Versicherungsnehmer, und es wäre nicht getriggert. Die Lebensversicherungsumme würde sich auf den Zinnsatz des Lebensversicherungsprämie im Betrage von 600 M. vom dem im 1270 M. berechneten Einkommen des A. nicht abgesetzt werden dürfen, weil diese nicht aus dem Zinsbetrage resultiert. Dieser Aufschlag würde, weil der ein Kapitalbegriff oder ein Gewerbetreibender, welcher, mit erheblicher Unterablassung abfend, seine Lebensversicherungsprämie nur unter Zinsbeträgen ausgeben könnte, belegen kann. Der in diesem Zwecke angewendeten Betrag würde, wenn der Zinssatz von 1270 M. nicht, was offenbar der Willkür des Geistes nicht entsprechen würde. Nicht darauf kommt es an, aus welchen Mitteln die Lebensversicherungsumme resultiert wird, aus abstrakt auf sein, sondern darauf, ob der Zinssatz, welcher sich auf den Zinsbeträgen des Nachlasses seiner für die Steuerzahlung verpflichtend erhebt. Es ist auch unrichtig, ob der Steuerträger des A. den Betrag für die Lebensversicherungsprämie vor dem Einkommen unter der Grenze der Freigabe von 600 M. kauft und die Freigabe des A. ergibt.

Deer und Flotte.

• Aus einer „in der Regel gut unterrichteten Quelle“ wird der „Pfeifer Bl.“ gemeldet, daß die Rückkehr der Sintienschiffe „Kurfürst Friedrich Wilhelm“, „Brandenburg“, „Weißenburg“, „Wörth“ und des Kreuzers „Helo“ aus Italien in

Anfange des nächsten Jahres stattfinden werde. Das genannte Blatt fügt hinzu:

„Andererseits hören wir, daß der Befehl zur Rückkehr noch nicht erfolgt sei, daß aber die betreffende Ordre der 2. Division voraussichtlich am 1. Dezember zugehen werde. Die Schiffe werden sich dann sofort in einem näher zu bezeichnenden Hafen sammeln und die Heimreise antreten; im Februar würden dieselben wieder in Kiel sein. Wir geben diese Nachricht mit einem gewissen Vorbehalt wieder, eine amtliche Bestätigung fehlt noch, aber wir halten es für wahrscheinlich, daß sie eintreffen wird.“

Da unsere marktfähigen Streitkräfte in Ostasien wohl kaum noch Veranlassung erhalten werden, aktiv einzugreifen und außerdem ihre Zahl groß genug ist, um die etwa noch entstehenden Aufgaben auch ohne die Universitäts-Division lösen zu können, ist anzunehmen, daß sich die Meldung der „Nieter Ztg.“ bestätigen wird.

* Wie das Kieler sozialdemokratische Organ behauptet, sei den aus China zurückkehrenden Soldaten unter Androhung von Gefängnisstrafe verboten worden, etwas von ihren bittersten Erlebnissen in China zu berichten. Wie halten die Mitteilungen schon um deswillen für unnützig, weil sich nur keine Handhabe bietet, die Soldaten, die nach ihrer Rückkehr zuerst doch in den Zivilstand zurücktreten, zu bestrafen, so wie sie in ihren Berichten der der Wahrheit bleiben.

Coloniales.

Die Frage der Burenwanderung nach Deutsch-Südwestafrika ist durch die Verhandlungen des Kolonialrats und die namens der South West Africa Co. abgegebenen Erklärungen wieder aktuell geworden. Man trägt die Zahl der Burenwanderer, die durch die Kolonial-Wüste auf deutsches Gebiet einzuwandern suchen, auf 15,000 bis 25,000 an. Es ist anzunehmen, daß die Einwanderung der Buren in die deutsche Kolonie vorüberige Naturge und daß die Buren, die sich für die Einwanderung gegenüber behalten werde, die Antwort erfolgt, daß diese Einwanderer auf deutschem Gebiet freundlich aufgenommen werden würden. Da in manchen Gegenden unserer Kolonie die allgemeinen Verhältnisse ganz schlecht liegen wie in Transvaal, so interessiert es, wie der Kolonialrat sich zu dem Einwanderungsproblem verhalten wird. Die Burenwanderer bringen mit sich Vieh, welches in der Kolonie zu wenig und unsere Rinder wirtschaftlich nützlich ist würden. Auf Grund dieser Überzeugung sind schon mehrere hundert Burenfamilien aufgenommen worden und im Grundbesitz man, wie wir glauben, auch in der Viehzucht, den Burenzugang unter gewissen Voraussetzungen gestattet. Es ist jedoch zu allem, daß die Einwanderung nicht so stark werden soll, wie sie in der Vergangenheit war. Die Buren in der Kolonie in Frage stellen wollen. Auch werden die Buren denselben Sicherheit geben müssen, daß sie sich in allem den deutschen Gesetzen unterwerfen, und daß, wenn nicht je selbst, daß jedenfalls für Kinder, die deutsche Staatsangehörigkeit annehmen müssen. Es erwidern wird auch die Frage, ob die Buren in der Kolonie für die Sammelplätze zuzulassen soll, oder ob es besser ist, daß die Buren in die Kolonie kommen, die sie selbst anstellen. Die nach Wohlbedachtseinheit und sonstigen Verhältnissen für die Art der Ansiedlung besonders geeignet ist. Die Möglichkeit dieser Frage wird in Regierungskreisen sehr verstanden und es wird ihr volle Beachtung zugewand.

Verfassungen und Kongresse

Der Deutsche Handelstag soll zu einer Vollversammlung Mitte Dezember zusammen treten. Abgesehen vom Zoll- und dem Handelsverträgen dürfte sich die Vollversammlung noch mit der Ausfuhrstelle für den Zugschmelz, dem Vortriebs- und dem endgültigen Verordnungen des Deutschen Handelskongresses (Zugung und Geschäftskontrolle, Zusammenfassung des Ausfuhrschusses, des Vorstandes, der ständigen Kommissionen) beschäftigen. Zur Vorbereitung der Vollversammlung wird der Ausschuss am Mittwoch, den 28. November berufen.

* Der erste deutsche Handwerkskammertag wird vom 5. bis 17. d. M. in Weilin in den „Germaniasälen“ abgehalten. Es soll dort hauptsächlich über die Aufgaben der Handwerkskammer, ihre Organisation und die gütlichen Bestimmungen, die auf die Handwerker Bezug nehmen, verhandelt werden. Auch mit den Handelsverträgen befaßt sich ein Punkt der Tagesordnung.

Ausland.

Die Wirren in China.

Der Sturm auf die Zeitungsorts.

Von einer der belehrtesten Aktionen während des ganzen
Heiligen Feldzugs in China, der Erstürmung der Peitang-
orts durch deutsche und russische Truppen, liegt jetzt
in der neuesten Nummer der „Deutsch-Asiatischen Worte“
folgender Bericht eines Augenzeugen vor:

[illegible]

Wieder und sammelten viele Beute mit sich. Die Infanterie hatte bis jetzt noch keinen Schuß abgegeben, doch haben wir uns die Wundungen unserer Schiffe, Kanonen und Feuerlöcher tiefer aus den Forts an. Zwei Glimmer und zwei Schiffe getroffen. Die Glimmer, denen es gegönnt war, auch eine von unseren Kanonen kampfunaufgebracht, feuerten jetzt nur noch mit einem Geschütz, aber fast regelmäßig alle drei Minuten einen Schuß. Die Glimmer besaßen noch fünf Kanonen. So doch wir mit drei Kanonen ihrer Schiffe den Meeresbereich konnten, während ihnen die Infanterie mit einem Geschütz die Schiffe beschießt. Nach 8 Uhr ein heftiger Regen einsetzte, wurde nur noch in immer größeren Zwischenräumen geschossen, bis schließlich der Donner der Schüsse ganz verkümmerte.

Der Regen hörte auf, so ich Bomben und Trümmern auf der Erde, die ein sofortiger Sturm auf die Forts unter

genommen werden sollte und diese zu besetzen seien. Die Forts wurden am 20. genommen. Verwundete Chinesen wurden nicht gefunden, dieselben waren sämmtlich fortgeschafft worden, ebenso konnte sich noch die gesamte Bedienungsmannschaft der Geschütze zu Wasser flüchten.

aus Peking wird nicht 12. Nov. gemeldet, daß an diesem Tage eine Expedition, bestehend aus 600 Deutschen, 600 Italienern sowie italienischen Marinebataillon, von dort unter dem Befehl des Oberlieutenants Salla nach Kalgan, 90 km nordwestlich von Peking an der älteren großen Mauer der Verbrückung des Flusses in den militärischen Einkreis der Verbrückung des Flusses in den militärischen Einkreis dort bereits fast fähig. Kalgan, ein Handelsort, ist ein bedeutender Stützpunkt für den Handel über Kalgan. Es hat in Kalgan ein Chinesenquartier, beide sind befestigt. Die Expedition wird nicht erwartet, weil sie nicht erwartet wird, daß sie eine so weit auslaufende Expedition in die Gegend zu sein, falls nicht nach anderen Stellen auf anderen Wegen auf dieselbe in Kalgan gelangt wird.

Der südafrikanische Krieg.

Staatssekretär Dr. Leydke, der am Montag wieder im Haag eingetroffen ist, meldete den Kabinetten in Wien, Bonn und Paris in offizieller Weise, daß Präsident Krüger nicht als konventionelles Staatsmitglied, sondern als Privatmann die wunden Wundmale heilen werde. Damit fällt jeder offizielle feierliche Empfang fort. Unmittelbar nach seiner Ankunft in Berlin wird er durch den Vizepräsidenten des Reichstages empfangen werden, welche Aufgabe auch dem Reichspräsidenten obliegt. Die Botschafter der irischen Clubs in London haben dem Präsidenten Krüger eine Sympathie-Adresse folgenden Inhalts zugeandt:

„O du des Völkchens Kräger, von Transvaal! Ein Volk, welches, wie das Ahrige, viel Jahren ein Opfer der Furcht sei, unter welche Engländer es bringen will, besträuft Sie. Wir und unsere ganze Folge sind darauf angewiesen, uns freiheitlich einen Krieg anzukündigen. Wir haben die Freiheit und die Ehre eines jeden Mannes, der sich mit uns und der Folge, der uns anführt, einig ist, zu thun, was er will. Und die Folge, die uns anführt, ist einflüster Bünch ist der, daß es Ihnen gelingen möge, die fremden Völker oder deren Regierungen zu veranlassen, eine Erneuerung der Kämpfe von dem fernen Englands Ufer aus gegenüber zu den Völkern, die die englische Botschaft sich schon angedeutet hat, zu ergreifen. Die englischen Völker werden drängen sich auf.“

Die Adresse endet mit einem Aufruf an das Hochgefühl der
Lehren.

Großbritannien und Irland.

Neben beschleunigte militärische Herstellungsformen schreibt die Bundeswehr „Tally Mail“, die britische Armee liehe am Vordere der künftigen Umwandlung, die sie jeweils erfahren hat, die Lehren des Krieges seien sorgfältig studiert und der Plan der Herstellungsänderung in der durchgeführten Zeit vorbereitet worden. Die Einzelheiten des Planes werden noch erörtern, aber die Hauptumsetzung des Programms seien fast abgeschlossen. Die Umstellung werde vorwiegend im Anfang 1961 beginnen, sie werde sich bis Ende 1962 erstrecken und die gegenwärtigen Lebensabschnitte. Künftig werde der Soldat seine ganze Zeit mit reiner Soldatenarbeit verbringen, und während sechs Monaten im Jahre seien blühende Offiziere und Mannschaften mit deutlicher Grundausbildung eingebracht werden.

Reichsgericht.

L. Leipzig, 12. Nov.

Ein etwas bewährter Schachstolz liegt der Anfrage gegen den Wächsbacher Dietrich Wölke zu Grunde. Der Herr kommt von der Stannhammer in Eisleben wegen Unreize zu Monats Gehalts und 100 M. Gehaltsverzicht beurlaubt worden ist. M. stand mit F. in Luerfeldt seit längerer Zeit im Verhältnisse, dieser wollte nun aber eigentlich sein Glück versuchen, da Wölke ihm nicht mehr Geld gab. F. über eine Anzahl Dohren und Stübe verkaufen wollte, sagte Wölke, er habe Käufer dafür an der Hand. Der Angeklagte ließ dann auch den Auftrag, acht Dohren und zwei Stübe zu verkaufen. Er verbündete sie an den Altenganzpächter W. in Eisleben, der annahm, daß Wölke das Vieh wie gewöhnlich verkaufen werde. Er wollte nun aber nicht mehr von Wölke's Viehes kenne. Wölke seinen Sohn Albert, der nicht selbsther seines Geschlechtes ist, das Geld bei W. einzufahren, aufsehnend mit Vorwissen seines Vaters ließ Albert Wölke sich von W. statt des Kaufpreises als Siere geben. Der Angeklagte räumte diese Thiere und verkaufte sie am Fiechler für eigene Rechnung. An F. zahlte er nur einen Theil des abgemachten Preises. Er will nun über den Rest beistehn zum Nachtheil seines Auftraggebers verfügt haben oder auch über das Mündelbist. — Auf die Revision des Angeklagten hat das Reichsgericht das Urtheil an und verwies die Sache an das Landgericht Halle a. S. Gestrichelt, so wurde ausgeführt, daß das Urtheil in der That nicht zu billigen ist. Der Angeklagte wird, der Angeklagte verfügt haben soll. Der Angeklagte hat aufsehnend im eigenen Namen das Vieh verkauft; daß es obseht nicht der Fall war, ist nicht festgestellt. Es ist nicht ersichtlich, daß der Verkauf im eigenen Namen eine Verletzung über der fremden Vermögensstände war. Es ist immer noch zu erwägen, ob die Angeklagte's Handlung als Veräußerung des Kaufpreises erachtet hat; im letztern Falle wäre die Aufhebung des mit W. geschlossenen Kaufgeschäftes nöthig gewesen.

[illegible]

Provinzialnachrichten.

g. Ragnitz, 12. Nov. [Die Post besör] hat nunmehr den
vielfachen Wünschen Rechnung getragen und im postlichen
Wesen für hier und die umliegenden Distrikte eine wesentliche
Erleichterung beschaffen. Distrikten, die jetzt vom Postamt
Ragnitz bedient werden, sollen spätestens am 1. April nächsten
Jahres, wenn nicht noch früher, ihre Postkassen vom Postamt
Ragnitz erhalten. Zu diesem Zwecke soll dreimal täglich eine
Postkassierin nach hier fahren und von hier aus sollen die Post-
kassen zur Verteilung gelangen. Zu vorläufig nur Ragnitz und

